

atomstopp

atomkraftfrei leben!

4. Quartal 2010, 35. Jahrgang, Nr. 212



EURATOM Volksbegehren

Temelin-Ausbau Einwendung



Ärgerlich, wie oft von Politiker_innen im Zusammenhang mit dem Atom-Widerstand der Bundesregierung in Österreich von Tiefpunkt und von Tiefschlaf – unabhängig von der meteorologischen Jahreszeit – gesprochen wird. Sommers wie winters. Die Bundesregierung schläft.

Und nicht nur im Zusammenhang mit dem AKW Temelin ... mittlerweile betrifft der Tiefschlaf auch das AKW Mochovce, das AKW Isar 1 ... und wenn Italien ankündigt, wieder in die Atomwirtschaft einsteigen zu wollen, wenn in Deutschland die Konservativen und Liberalen ihre Wahlkampfkündigung aus 2009 nun umsetzen und die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke um 8 bis 14 Jahre verlängern, ist die „Ent-rüstung und Überraschung“ bei der österreichischen Bundesregierung groß und man versichert, „dass man wirklich enttäuscht sei und mit der deutschen Bundeskanzlerin darüber reden wolle ...“. Genauso reden, wie mit dem tschechischen Premierminister über die bis heute nicht erfolgten Sicherheitsnährstungen im AKW Temelin vielleicht? Gut – man regt sich ein bisschen auf und schläft dann wieder weiter.

Eines soll schon klar gesagt werden: Energiepolitik ist ausschließlich Kompetenz der Mitgliedstaaten und wenn die deutsche Regierung die Atomkraftwerke länger laufen lässt und die eigene Bevölkerung

und die Nachbarstaaten damit einem potentiellen Risiko aussetzt, muss sie das verantworten. Fragen, ob das Österreich passt, muss sie nicht. Genauso wenig muss Tschechien bei seiner Energiepolitik Rücksicht auf Österreich nehmen und kann theoretisch 100 Atomkraftwerke an unsere Grenzen bauen.

Was allerdings schwer erträglich ist – und man der Bundesregierung vorwerfen kann: Österreich ist Mitglied bei EURATOM und wir alle zahlen mit unseren Steuergeldern somit den atomaren Wahnsinn in Tschechien, Italien oder der Slowakei mit! EURATOM ist DIE Atomförderorganisation der EU mit dem Ziel, die Voraussetzungen für den Aufbau einer mächtigen europäischen Atomindustrie zu schaffen. Wollen wir das? Nein! 78% der Österreicher_innen wollen RAUS aus EURATOM.

Und weil jeder parlamentarische Antrag der Opposition zum Ausstieg aus EURATOM gescheitert ist – mittlerweile schon der elfte (11.!) – wird wohl beim EURATOM-Volksbegehren die Bundesregierung endlich aufwachen! Die zur Einleitung erforderlichen 8.032 Unterstützungserklärungen sind jedenfalls gesammelt! An dieser Stelle ein herzliches Danke, an alle, die die Unterstützungserklärungen auf dem Gemeindeamt/Magistrat abgegeben haben!

Rechtzeitig zum Start des EURATOM-Volksbegehrens folgen detaillierte Informationen – und ja: wir werden jede Unterstützung brauchen! Wir werden jeden von euch brauchen, um das Volksbegehren erfolgreich über die Bühne gehen zu lassen! Entscheidend wird die Eintragungswoche, in der es gelingen muss, 100.000 Leute davon zu überzeugen, auf dem Gemeindeamt/Magistrat das Volksbegehren zu unterschreiben! Spannend, in jedem Fall!

Roland Egger
Obmann



Österreichisches EURATOM-Volksbegehren wird Handlungs-auftrag für Bundesregierung.

Jeder, der EURATOM zuhält, ist ein Atombefürworter.

„Elf (11!) parlamentarische Anträge auf Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag sind in den letzten beiden Jahren seit dem Beginn der Kampagne „Österreich - RAUS aus EURATOM“ von den Oppositionsparteien eingebracht worden. Und alle Anträge wurden von der Bundesregierung abgeschmettert, vertagt oder nicht einmal zur Abstimmung zugelassen! Das EURATOM-Volksbegehren wird die Bundesregierung nicht so leicht vom Tisch wischen können, wie die parlamentarischen Anträge in den jeweiligen Ausschüssen!“, sind sich Roland Egger und Gabriele Schweiger, die Initiatoren des EURATOM-Volksbegehrens und Sprecher von atomstopp_oberoesterreich sicher. „Es ist blamabel, wenn die Bun-

desregierung es zulässt, dass über EURATOM mit österreichischen Steuergeldern in Millionen-Euro-Höhe die europäische Atomwirtschaft unterstützt wird und man gleichzeitig gegen genau jene Risikotechnologie und Risikoreaktoren wettet! EURATOM ist eine Atomförderorganisation – mit dem Ziel, die Voraussetzungen für den Aufbau einer mächtigen europäischen Atomindustrie zu schaffen und Investitionen in die Atomkraft zu erleichtern.“, so Egger und Schweiger weiter.

„Die Bundesregierung sollte es wissen: EURATOM sieht keine Schranken beim Ausbau der Atomkraft vor. Und mittels EURATOM-Krediten hat es Frankreich geschafft, weltweit die zweitmeisten Atomreaktoren zu errichten!“

EURATOM-Volksbegehren als Indikator

„EURATOM ist unbestritten DIE Atomförderorganisation in Europa.

Und wer EURATOM zuhält und will, dass die Österreicher_innen weiter zwangsverpflichtet die Steuergelder zur Förderung der europäischen Atomwirtschaft abliefern müssen, ist ein Atombefürworter.“, so Egger und Schweiger weiter.

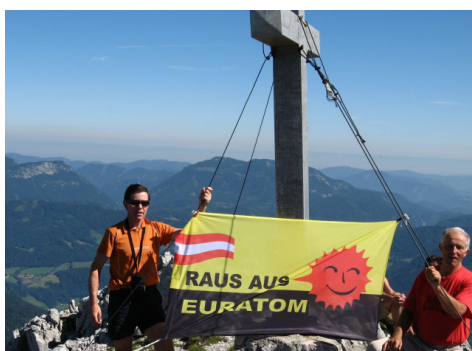
„Das österreichische EURATOM-Volksbegehren wird ein klarer Indikator für die Antiatom-Einstellung der Österreicher_innen sein. Die halbherzige und blamable Positionierung der Bundesregierung zur Atomkraft muss endlich aufgebrochen werden: Gejammert über den „völligen Tiefschlaf der Bundesregierung in der Antiatom-Politik“ oder „das permanente Versagen der österreichischen Antiatom-Politik“ oder über den „Tiefpunkt der ÖVP-Umweltpolitik“ wurde genug: Jetzt ist es Zeit, mit allem Nachdruck den Ausstieg Österreichs aus EURATOM voranzutreiben!“.

Ausstieg aus EURATOM: Parlamentarische Initiativen

Bezeichnung	Partei	Datum	
1188 / A(E)	BZÖ	17.06.2010	Zuweisung Umweltausschuss (23.6.2010) -> vertagt!
1038 / A(E)	GRÜNE	24.03.2010	Zuweisung Umweltausschuss (23.6.2010) -> vertagt!
393 / UEA	FPÖ	24.03.2010	Abstimmung über Antrag abgelehnt
382 / UEA	BZÖ	29.01.2010	Abstimmung über Antrag abgelehnt
339 / UEA	FPÖ	18.11.2009	Abstimmung über Antrag abgelehnt
381 / A(E)	GRÜNE	21.01.2009	Umweltausschuss → 19.01.2010: vertagt
56 / UEA	FPÖ	21.01.2009	Abstimmung über Antrag abgelehnt
208 / A(E)	FPÖ	10.12.2008	Umweltausschuss → 17.03.2010: vertagt
			Zuweisung Umweltausschuss (23.6.2010) -> vertagt!
23 / UEA	FPÖ	03.12.2008	Abstimmung über Antrag abgelehnt
44 / A(E)	FPÖ	25.11.2008	Außenpolitischer Ausschuss zugewiesen → abgelehnt im EU-Unterausschuß am 8. 07.2010
5 / UEA	GRÜNE	28.10.2008	Abstimmung über Antrag abgelehnt

100 Gipfel stürmen für RAUS aus EURATOM





Danke an alle, die sich in den vergangenen Monaten so großartig an der Gipfelstürmer-Aktion beteiligt haben und auf höchstem Niveau für den Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag geworben haben!

Alle erstürmten Gipfel gibt es unter der Internet-Adresse:

www.raus-aus-euratom.at/gipfel.php

Im Rahmen der Möglichkeit sich an der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zum Ausbau des AKW Temelin zu beteiligen, hat sich der Vorstand von atomstopp_atomkraftfrei leben! an die führenden tschechischen Politiker_innen (den Präsidenten Václav Klaus, den Premierminister und Vorsitzenden der ODS Petr Nečas, die Präsidentin der Abgeordnetenkammer Miroslava Němcová, den Präsidenten des Senats Přemysl Sobotka, den Vorsitzenden der Sozialdemokraten Bohuslav Sobotka, den Vorsitzenden von TOP09 Karel Schwarzenberg, den Vorsitzenden der Kommunisten Vojtěch Filip, den Vorsitzenden Öffentlicher Angelegenheiten Radek John und an das tschechische Umweltministerium) gewandt und seine Einwendungen abgegeben.

Einwendung gegen die Erweiterung des AKW Temelin um zwei weitere Atomreaktoren

Atomkraft löst keine Probleme – auch nicht die des Klimawandels. Atomkraft ist Teil des Problems. Teil eines rückständigen Wirtschaftssystems.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Bedauern müssen wir neuerlich zur Kenntnis nehmen, dass die verantwortlichen Politiker in der Tschechischen Republik gerne bereit sind, für das Atomkraftwerk Temelin besondere Maßstäbe anzulegen.

Schon die bestehenden Reaktorblöcke Temelin 1 und 2 sind ein Sicherheitsrisiko, war man doch besonders erfindungsreich, was die Interpretation und Anwendung von französischen Atomstandards auf die technische Auslegung der hochenergetischen Leitungen auf der 28,8m-Bühne betraf. Dass die

internationalen Experten bei allen bilateralen Sicherheitsgesprächen das als nicht zulässig bewerteten und somit aus dem mit Österreich paktierten Brüsseler Abkommen aus dem Jahr 2001 auch nach fast 10 Jahre immer noch die gravierendsten Sicherheitsbedenken gegen das AKW Temelin bestehen, wird lässig bei Seite gewischt.

Man hatte übrigens auch keinerlei Skrupel, sieben Jahre nach Abschluss des Brüsseler Abkommens die Rechtsverbindlichkeit dieses Abkommens einfach zu leugnen. Offenbar war dieses Leugnen der Rechtsverbindlichkeit des Brüsseler Abkommens die einzige Möglichkeit für Tschechien, sich vor einer drohenden Völkerrechtsklage durch die Republik Österreich wegen Bruch des Brüsseler Abkommen zu retten.

Unmittelbar nach Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union – also im Jahr 2006 (!) – hat jedenfalls die EU-Kommission festgestellt, dass die tschechischen UVP-Vorschriften das Recht der Öffentlichkeit, ihren Anspruch auf Beteiligung an UVP-Verfahren einzuklagen, in unangemessener Weise einschränken. Bereits im Jahr 2006 wurde daher durch die EU-Kommission auch ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Verstoßes gegen wesentliche EU-Rechtsvorschriften über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) von Projekten eingeleitet.

Anstatt aber das tschechische UVP-Gesetz den EU-Bestimmungen sofort anzupassen, wurde mit Hochdruck an den Vorbereitungen zum Ausbau des AKW Temelin um zwei weitere Reaktorblöcke gearbeitet und im Jahr 2008 die Umweltverträglichkeitsprüfung eingeleitet. Im Wissen, dass für bereits laufende Verfahren „natürlich“ die EU-widrigen UVP-Vorschriften zur Anwendung kommen werden – mit den eingeschränkten Verfahrensrechten für die Öffentlichkeit.

Damit setzen die tschechischen Politiker bei der Erweiterung von Temelin um die Reaktorblöcke 3 und 4 dort fort, wo sie bei den Reaktorblöcken 1 und 2 angefangen haben: Für das tschechische Liebling AKW Temelin gilt es, einen offenbar großen und möglichst wenig einschränkenden Interpretationsspielraum zu erhalten – technisch und auch rechtlich.

Es mag für Sie nun wenig überraschend sein: gegen die Erweiterung des AKW Temelin um zwei weitere Reaktorblöcke gibt der Vorstand des Vereins atomstopp_atomkraftfrei leben! hiermit – stellvertretend für die 1.000 Mitglieder des Vereins – seine Einwendungen ab:

- Bereits der Abbau von Uran belastet die Umwelt in inakzeptabler Weise und ruiniert oftmals die Lebensgrundlage von indigenen Völkern. Tschechien verfügt über keine ausreichenden Uranreserven, um daraus Brennstäbe herstellen zu können. Die Brennstäbe für die derzeit betriebenen Atomkraftwerke Temelin und Dukovany müssen aus Russland importiert werden.

- Strahlenbelastungen durch den laufenden Betrieb von Atomkraftwerken können auch schon in geringsten Dosierungen Krebs auslösen. Zahlreiche Studien verweisen auf den Zusammenhang Kinderkrebs und räumliche Nähe zu Atomkraftwerken.

- Weltweit gibt es keine Lösung für die notwendige Jahrtausende dauernde Endlagerung der hochradioaktiven Abfälle. Internationale Experten gehen davon aus, dass für die Endlagerung der hochradioaktiven Abfälle ein Endlager konzipiert werden muss, das für

eine Million Jahre „sicher“ ist.

- Unbestritten ist die Gefahr der militärischen Verbreitung der radioaktiven Materialien!
- Unbestritten ist auch die potentielle Gefahr, die Atomkraftwerke als Ziele für terroristische Angriffe darstellen!
- Unbestritten ist, dass im Fall eines atomaren Unfalls eine weiträumige – auf Jahre und Jahrzehnte - andauernde Verseuchung droht.

Wir fragen uns: wozu all diese Risiken in Kauf nehmen? Warum

die Bevölkerung in Tschechien, in Österreich, in Deutschland, in Mitteleuropa einer atomaren Gefährdung aussetzen? Warum setzt die Tschechische Republik auf eine Risikotechnologie mit unlösbaren Problemen? Atomkraft deckt weniger als 3% des weltweiten Energiebedarfs. Atomkraft ist auf sehr wenige Länder konzentriert: in drei Staaten (USA, Frankreich, Japan) stehen 50% aller weltweit betriebenen Atomreaktoren. Atomkraft löst keine Probleme – auch nicht die des Klimawandels. Atomkraft ist Teil des Problems. Teil eines rückständigen Wirtschaftssystems.

Die Österreicher_innen haben sich im Jahr 1978 in einer Volksabstimmung gegen das bereits gebaute Atomkraftwerk Zwentendorf ausgesprochen. 81% der Österreicher_innen lehnen die Zahlungen an die europäische Atomgemeinschaft EURATOM ab! 78% der Österreicher_innen wollen RAUS

aus EURATOM – RAUS aus jener Fördergemeinschaft, die nach wie vor Milliarden Euro für die Atomwirtschaft zur Verfügung stellt.

Wir hoffen auf ein Umdenken in der Tschechischen Republik. Auf ein Umdenken der verantwortlichen Politiker. Sie sind es, die die Zukunft Ihres Landes gestalten, die Zukunft Ihrer Kinder vorzeichnen. Es sollte keine Zukunft sein, die atomare Risiken lässig in Kauf nimmt – und radioaktive Abfälle für Jahrtausende hinterlässt.

Roland Egger, Hans-Jörg Horky, Andrea Plözl, Johanna Hartl, Elke Zorbach, Thomas Gumpflmayr -

Vorstand
atomstopp_atomkraftfrei leben!
Promenade 37 - 4020 Linz



EURATOM-Volksbegehren ...



Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: atomstopp_atomkraftfrei leben!

Für den Inhalt verantwortlich: Roland Egger,

Texte, Layout und grafische Umsetzung: Michael Reitingner, Gabriele Schweiger,

Redaktion: Promenade 37, 4020 Linz, Tel: (0732) 774275

Homepage: www.atomkraftfrei-leben.at, eMail: post@atomstopp.at

Spendenkonto: Hypo Landesbank, BLZ 54000, KtoNr. 205377

atomstopp wird unterstützt von der Stadt Linz

und vom Land Oberösterreich.

